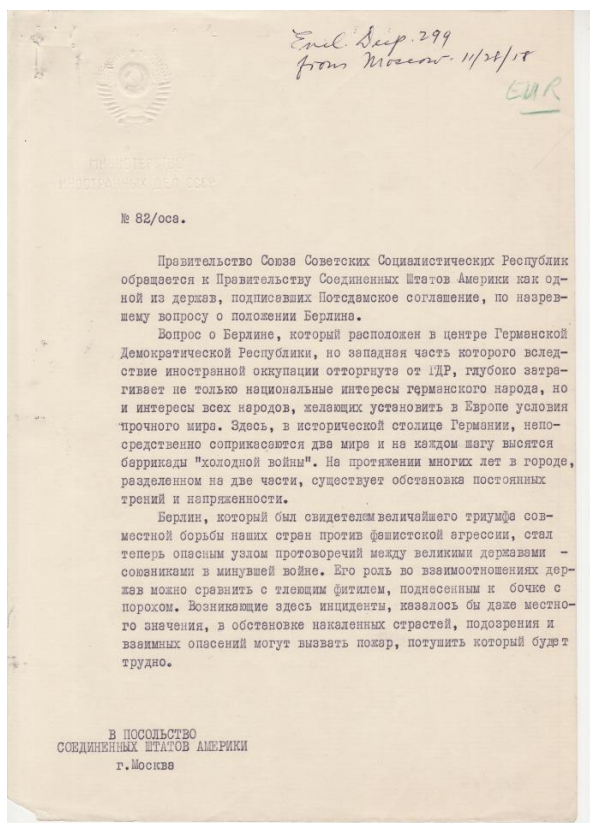




## Das Berlin-Ultimatum

Am 27. November 1958 übersandte der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita S. Chruschtschow eine diplomatische Note an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs. Das sogenannte Chruschtschow-Ultimatum löste die zweite Berlin-Krise aus. Moskau forderte den Abzug der Westmächte aus Berlin innerhalb von sechs Monaten. Andernfalls würde die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der DDR abschließen und ihre Kontrollrechte an Ost-Berlin übertragen. Das Ultimatum setzte bis 1961 langwierige diplomatische Verhandlungen in Gang. Letztlich blieben sie ergebnislos, denn die Westmächte lehnten die sowjetischen Forderungen ab. Sie hielten an ihrem Recht auf militärische Präsenz im Westteil der Stadt und dem damit verbundenen, freien Zugang nach Berlin fest. Wichtige diplomatische Verhandlungsrunden waren die Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris sowie die Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und US-Präsident John F. Kennedy in Wien im Juni 1961. Die beiden deutschen Teilstaaten spielten als Juniorpartner eine Nebenrolle. Für die Sowjetunion war der Wiener Gipfel ein Wendepunkt. Sie musste in dieser Zeit erkennen, dass ihr Hauptziel eines erzwungenen Abzuges der Westmächte aus Berlin nicht zu erreichen war. Zudem hatte sich zwischenzeitlich die Staatskrise der DDR derart verschärft, dass Chruschtschow angesichts der dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen dem Drängen der DDR nachgab und einer radikalen Maßnahme zustimmte, die er eigentlich hatte vermeiden wollen: dem Bau der Mauer in Berlin.

### Note der Regierung der Sowjetunion an die Regierungen der Westmächte zum Status von Berlin und zum Potsdamer Abkommen, 27. November 1958



National Archives, College Park, Md. RG 59, Department of State



## **Auszüge aus der Note der Regierung der Sowjetunion an die Regierungen der Westmächte zum Status von Berlin und zum Potsdamer Abkommen, 27. November 1958**

Die Frage Berlins, das im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik liegt, dessen westlicher Teil jedoch durch ausländische Besetzung von der DDR abgetrennt ist, berührt zutiefst nicht nur die nationalen Interessen des deutschen Volkes sondern auch die Interessen aller Völker, die in Europa dauerhafte Friedensverhältnisse herzustellen wünschen.

Dort in der historischen Hauptstadt Deutschlands berühren sich unmittelbar zwei Welten und auf Schritt und Tritt ragen Barrikaden des «Kalten Krieges» auf. Seit vielen Jahren besteht in der in zwei Teile getrennten Stadt eine Atmosphäre ständiger Reibungen und Spannung.

Berlin[...] ist jetzt zu einem gefährlichen Knoten der Gegensätze zwischen den Großmächten – den Alliierten im vergangenen Krieg geworden. Seine Rolle in den Beziehungen der Mächte kann mit einer glimmenden Zündschnur verglichen werden, die zu einem Pulverfaß gelegt worden ist.

Eine besonders scharfe Wende in den Beziehungen der USA sowie Englands und Frankreichs zur Sowjetunion trat ein, als diese Staaten in Deutschland dazu übergingen, eine Politik zu betreiben, die dem Potsdamer Abkommen widerspricht.

[...] Wie bekannt, haben die Regierungen der drei Mächte [...] die Aufstellung der westdeutschen Armee sanktioniert, und sie kurbeln die Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland an, wobei sie die in Potsdam übernommenen Verpflichtungen fallen lassen. Mehr noch: sie bezogen Westdeutschland in den hinter dem Rücken der Sowjetunion und, wie jedermann verständlich, gegen die Sowjetunion geschaffenen Nordatlantikblock ein und rüsten es nun mit Atom- und Raketenwaffen aus. [...]

Faktisch wird heute von allen alliierten Abkommen über Deutschland nur ein einziges eingehalten: das Abkommen über den sogenannten vierseitigen Status Berlins. Gestützt auf diesen Status wirtschaften die drei Westmächte in Westberlin und verwandeln es in eine Art Staat im Staate, entfalten von Westberlin aus eine Wühltätigkeit gegen die DDR, die Sowjetunion und die anderen Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags. [...]

Die beste Lösung der Frage Berlins wäre eine solche, die auf der Einhaltung des Potsdamer Abkommens über Deutschland beruhen würde. Doch dies ist nur dann möglich, wenn die drei Westmächte zur gemeinsamen Politik mit der UdSSR in den deutschen Angelegenheiten zurückkehren, die dem Geist und den Prinzipien des Potsdamer Abkommens entspricht. Unter den gegenwärtigen Umständen würde dies den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, bei gleichzeitigem Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, sowie die Erzielung einer Übereinkunft bedeuten, daß sich gemäß den Prinzipien des Potsdamer Abkommens in keinem der beiden deutschen Staaten Streitkräfte befinden werden, außer solchen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren und für die Bewachung der Grenzen erforderlich sind. [...]



Selbstverständlich bestünde die richtigste und natürlichste Lösung dieser Frage darin, den westlichen Teil Berlins, der heute faktisch von der DDR losgelöst ist, mit dem östlichen Teil wiederzuvereinigen und Berlin zu einer einheitlichen Stadt im Bestande des Staats werden zu lassen, auf dessen Boden es sich befindet.

Man muß natürlich berücksichtigen, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung Westberlins in der Zeit seiner Besetzung durch die drei Westmächte in einer anderen Richtung verlief als die Entwicklung Ostberlins und der DDR, so daß die Lebensformen in beiden Teilen Berlins gegenwärtig grundverschieden sind. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß der Bevölkerung Westberlins bei Beendigung der ausländischen Besetzung das Recht gewährt werden muß, solche Verhältnisse bei sich zu haben, die sie selbst wünscht. Wenn die Einwohner Westberlins die gegenwärtigen Lebensformen beizubehalten wünschen, die auf privatkapitalistischem Eigentum beruhen, so ist das ihre Angelegenheit. Die UdSSR ihrerseits wird jede Wahl der Westberliner in dieser Beziehung respektieren.

In Anbetracht aller dieser Erwägungen würde es die Sowjetregierung ihrerseits für möglich erachten, daß die Frage Westberlin gegenwärtig durch Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freistadt – gelöst werde, in deren Leben sich kein Staat, darunter auch keiner der bestehenden zwei deutschen Staaten, einmischen würde. Man könnte unter anderem vereinbaren, daß das Gebiet der Freistadt entmilitarisiert werde und daselbst keinerlei Streitkräfte stationiert werden. Die Freistadt Westberlin könnte eine eigene Regierung haben und ihre Wirtschaft, ihre Verwaltungs- und sonstigen Angelegenheiten selbst lenken. [...]

Zugleich ist die Sowjetregierung bereit, mit den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer interessierter Staaten Verhandlungen darüber aufzunehmen, Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freistadt zu gewähren. Sollte dieser Vorschlag für die USA-Regierung nicht annehmbar sein, so bleibt kein Gegenstand für Verhandlungen zwischen den ehemaligen Besatzungsmächten in der Berliner Frage übrig. [...]

In Anbetracht dessen gedenkt die Sowjetregierung im Laufe eines halben Jahres keine Änderungen an dem gegenwärtig geltenden Modus für Militärtransporte der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus West-Berlin in die Bundesrepublik vorzunehmen. [...] Im Laufe der erwähnten Frist werden die Seiten die Möglichkeit haben, bei der Regelung der Frage Berlin ihr Streben nach einer internationalen Entspannung durch die Tat zu beweisen.

Wird die erwähnte Frist jedoch nicht dazu ausgenutzt, zu einer entsprechenden Einigung zu gelangen, so wird die Sowjetunion durch Übereinkommen mit der DDR die geplanten Maßnahmen durchführen. Hierbei wird in Betracht gezogen, daß die Deutsche Demokratische Republik wie jeder andere selbständige Staat ganz für die Fragen zuständig sein muß, die ihren Raum betreffen, das heißt, ihr Hoheitsrecht zu Lande, zu Wasser und in der Luft ausüben muß. Gleichzeitig damit werden alle bisherigen Kontakte von Vertretern der Streitkräfte und anderen offiziellen Personen der Sowjetunion in Deutschland mit entsprechenden Vertretern der Streitkräfte und anderen offiziellen Personen der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs in Berlin betreffenden Fragen eingestellt werden. [...]

*Quelle: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 1 (10. November 1958 bis 9. Mai 1959), bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hannelore Nathan, Frankfurt am Main und Berlin, 1971, S. 163-77.*